

## Pressemitteilung

### **Schwangerschaftsabbrüche am Klinikum ermöglichen Bündnis für sexuelle Selbstbestimmung befragt Oberbürgermeister Jürgen Dupper im Stadtrat**

Mitglieder des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung Passau haben in der Stadtratssitzung am Montag Oberbürgermeister Jürgen Dupper zu ihrer Petition "Passau for choice" befragt, in der sie die Ermöglichung von Schwangerschaftsabbrüchen am städtischen Klinikum fordern.

Dabei forderten Sie den Oberbürgermeister angesichts der schnell wachsenden Zahl an Unterzeichner\*innen erneut zu einem Statement auf. Zwar hatte das OB-Büro dem Bündnis knapp sechs Wochen nach Veröffentlichung eine Mail zukommen lassen, war dabei jedoch inhaltlich nicht auf die Forderung der Petition eingegangen. Oberbürgermeister Jürgen Dupper sagte dem Bündnis nun ein Gespräch zu, worüber sich die anwesenden Mitglieder sichtlich freuten.

Auf die Frage, ob der Oberbürgermeister einem erneuten Antrag zustimmen würde, Schwangerschaftsabbrüche nach der Beratungsregelung am städtischen Klinikum zu gestatten, äußerte er sich wage. Entsprechende Anträge aus den Jahren 1998 und 2007 waren aus dem Stadtrat negativ beantwortet worden, was das Angebot von Schwangerschaftsabbrüchen am Klinikum von politischer Seite bis heute blockiert.

Des Weiteren bezeichnete der Oberbürgermeister das Anliegen als schwerwiegendes und hochkomplexes Thema und betonte die freie Gewissensentscheidung von Ärztinnen und Ärzten. Offen ließ er dabei die Rolle des Stadtrats in der Frage. Auch zu dem Widerspruch zwischen der derzeitigen Situation in Passau und der offiziellen SPD-Parteilinie zum Thema Schwangerschaftsabbruch wollte sich der Oberbürgermeister nicht äußern.

Die Mitglieder des Bündnisses für sexuelle Selbstbestimmung zeigten sich dennoch zufrieden mit dem Ergebnis der Fragerunde. "Heute hat sich gezeigt, dass zum Thema Schwangerschaftsabbrüche in Passau viele offene Fragen im Raum stehen, denen sich der Oberbürgermeister angesichts des wachsenden öffentlichen Interesses nicht länger entziehen kann", so Henriette Gremm.

Auch Sara Köhl betont: "Die Verantwortung liegt derzeit bei den politischen Entscheidungsträgern. Der Oberbürgermeister kann diese Angelegenheit nicht zur Gewissensentscheidung des Klinikumspersonals erklären, solange der Stadtrat die Durchführung von Schwangerschaftsabbrüchen am Klinikum blockiert. Wir brauchen ein klares Signal von der Stadt als Trägerin des Klinikums, dass ein entsprechendes Angebot dort gewollt ist."

Susanna Lindlein zeigt sich optimistisch: "Wir freuen uns über das Gesprächsangebot des Oberbürgermeisters. Uns ist es wichtig, endlich eine inhaltliche Diskussion zu dem Thema zu

führen und an Lösungen zu arbeiten. Durch Verschieben von Verantwortung und inhaltsleere E-Mails lässt sich die Situation für ungewollt Schwangere nicht verbessern."